

Informationen zum 11. September 2001

Die Anschläge vom 11. September 2001 – Ein Tag, der die Welt verändert hat

Am 11. September 2001 wurden die USA durch eine Serie von Anschlägen erschüttert. Alle Radio- und Fernsehsender unterbrachen damals ihr Programm, um von der Katastrophe zu berichten. [...] Dieses Datum ging in die Geschichte ein – und hat die Welt verändert. Jährlich am 11. September werden in den USA Gedenkfeiern für die Opfer der Anschläge abgehalten. [...]

Am 11. September 2001 stürzten zwei entführte Flugzeuge in die Zwillingstürme des 110 Stockwerke hohen World Trade Centers in New York. Das Gebäude wurde völlig zerstört. Aus Verzweiflung sprangen viele Menschen aus den Fenstern in den sicheren Tod, da das Feuer den Weg nach unten versperrte. Ein weiteres Flugzeug traf das Pentagon, das Verteidigungsministerium der USA, alle Insassen starben. Das vierte Flugzeug stürzte nach einem Kampf zwischen den Entführern und der Besatzung über dem freien Gelände ab.

Bei den Anschlägen starben über 3000 Menschen. Der damalige US-Präsident George W. Bush rief daraufhin den „Krieg gegen den Terrorismus“ aus. Es hieß, von radikalen Terroristen-Gruppierungen gehe eine große Gefahr aus, welche die westlichen Demokratien stürzen wollten und mit Härte bekämpft werden müssten. George W. Bush erklärte jedes Land zum Feind, das die USA nicht in diesem Kampf unterstützen würde. Für die Anschläge wurde die radikal-islamische Terror-Organisation „Al Qaida“ verantwortlich gemacht. Es tauchte ein Video auf, in dem sich Osama Bin Laden, der Begründer des islamistischen Terror-Netzwerkes, zu den Anschlägen bekennt. Bin Laden wurde im Mai 2011 durch US-Geheimdienste in einem Haus in Pakistan aufgespürt und erschossen.

Krieg gegen Afghanistan und den Irak

Die NATO, das westliche Verteidigungsbündnis, rief damals den „Bündnisfall“ aus. Eigentlich wird dieser ausgerufen, wenn ein NATO-Staat (in diesem Fall die USA) angegriffen wird und man es als Notwendigkeit ansieht, sich selbst oder das Bündnis zu verteidigen. Dies soll dazu dienen, die Sicherheit im Land (und im gesamten transatlantischen Gebiet) wiederherzustellen. Es ist nach wie vor sehr umstritten, ob dieses Recht auf Selbstverteidigung überhaupt gegeben war.

Unter US-Führung begann im Oktober 2001 der Krieg gegen das Land Afghanistan. Zwei Monate später endete die Hauptphase des Krieges, nachdem die Hauptstadt Kabul und die Provinzhauptstädte Kandahar und Kunduz gefallen waren. Das radikal-islamische Taliban-Regime, das im Land herrschte, wurde gestürzt. Den Taliban wurde vorgeworfen, den Terroristen der Al Qaida Unterschlupf zu gewähren. Im November 2001 wurde in Afghanistan eine Übergangsregierung gebildet. Mehrere Länder, die in der NATO organisiert sind, so zum Beispiel Deutschland und Großbritannien, erhielten durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) den Auftrag, das Land bei dem Aufbau einer Demokratie zu unterstützen. Allerdings ist die Sicherheitslage im Land weiterhin sehr kritisch, und bei den bewaffneten Afghanistan-Einsätzen kommen auch immer wieder Zivilisten („zivil“ bedeutet „nicht militärisch“) ums Leben.

Anfang 2003 begannen die USA mit ihren Verbündeten einen Krieg gegen den Irak zu führen. Dieser wurde vor allem damit begründet, dass sich Massenvernichtungswaffen im Irak befänden – dies hat sich jedoch als falsch erwiesen. Der Protest gegen den Irak-Krieg, der viele zivile Opfer in der irakischen Bevölkerung und zahlreiche Tote auf Seiten des US-Militärs und dessen Verbündeten gefordert hat, wurde immer größer. Die Diktatur unter Saddam Hussein, der Ende 2006 hingerichtet wurde, wurde zwar beendet – aber die Lage im Irak ist alles andere als stabil, und Frieden liegt in weiter Ferne: Immer wieder verüben radikale Gruppen Anschläge. Viele Politiker und auch Journalisten werden dort entführt oder ermordet.

Weder für den Krieg in Afghanistan noch für den Irak-Krieg gab es ein UN-Mandat, also einen Auftrag der Vereinten Nationen. Die USA und ihre Verbündeten handelten trotz heftigem internationalen Widerstand auf eigene Faust und setzten ihre Ziele durch.

Verstoß gegen Menschenrechte

Im Gefängnis Guantanamo Bay auf Kuba werden Verdächtige ohne Anklage festgehalten. Den Vereinigten Staaten wurden immer wieder Verletzungen der Menschenrechte vorgeworfen. Vor allem wegen der Behandlung der Kriegsgefangenen gerieten die USA stark in Kritik: In „Guantanamo Bay“, einem US-Militärstützpunkt auf Kuba, werden Kriegsgefangene – vor allem aus Afghanistan und dem Irak – festgehalten. Den US-Soldaten des Lagers wird vorgeworfen, massiv gegen die Rechte der Inhaftierten verstoßen und Foltermethoden angewandt zu haben. Auch im ehemaligen US-Gefangenlager Abu-Ghuraib im Irak wurden Häftlinge gedemütigt und gefoltert. Es wird vermutet, dass noch zahlreiche geheime US-Gefangenenlager existieren. [...]

„Krieg gegen den Terror“ als „Freibrief“?

Die damalige Regierung der Vereinigten Staaten unter George W. Bush hatte sich zum Ziel gesetzt, den Terror weltweit mit Härte zu bekämpfen. Viele warfen ihr vor, dass sie den „Krieg gegen den Terrorismus“ als Begriff benutze, mit dem sie es rechtfertigte, außerhalb eines verbindlichen rechtlichen Rahmens zu handeln: Menschenrechte wurden missachtet, Kriege geführt und auch zahlreiche Zivilopfer in Kauf genommen.

Es gilt offiziell als sicher, dass die Anschläge vom 11. September durch radikale Muslime verübt wurden. Doch sind kritische Stimmen nicht verstummt, die infrage stellen, ob sich die Katastrophe tatsächlich so ereignete und Zweifel an der Aufklärung und der offiziellen Darstellung der US-Regierung haben. [...]

Fest steht, dass die damalige US-amerikanische Regierung unter Bush den „11. September“ nutzte, um ihren harten und umstrittenen politischen Kurs zu rechtfertigen und einen stärkeren Rückhalt des Volkes zu gewinnen. Denn der Terrorismus wurde von vielen US-Amerikanern weiterhin als große Bedrohung empfunden. Dennoch war der Staat zunehmend gespalten, immer mehr Bürger entrüsteten sich über die Politik Bushs. Seit Januar 2009 ist der Demokrat Barack Obama US-amerikanischer Präsident. Er kündigte einen klaren Richtungswechsel in der Politik des Landes an und gilt für viele als „neuer Hoffnungsträger“.

Zunehmende Bedrohung durch islamistischen Terror?

Der islamistische Terror wird als zunehmende Bedrohung angesehen. Gerade unter vielen jungen Muslimen beobachtet man die Tendenz zu einem immer fanatischeren Glaubensverständnis.

Im Juli 2005 wurden in London Bombenanschläge in zahlreichen Bussen und U-Bahnen verübt. Dabei wurden 52 Menschen sowie vier Selbstmordattentäter getötet und über 700 verletzt.

In Madrid explodierten im März 2004 in mehreren Zügen Bomben. Bei den Terroranschlägen starben 192 Menschen.

Als „Islamisten“ werden radikale Anhänger des Islams bezeichnet. Sie betrachten westliche Wertevorstellungen als Inbegriff der Unmoral. Die „Verwestlichung“ der islamischen Länder wird dabei als „Grund allen Übels“ angesehen. Islamisten kämpfen auf radikale Weise gegen „Ungläubige“ und für die ursprünglichen Traditionen des Islams. Dabei schrecken viele der Fanatiker selbst vor Terror, Mordanschlägen und Selbstmord nicht zurück. Als Endziel des „Dschihad“ (bedeutet: „heiliger Krieg“) wollen sie einen islamistischen Weltstaat errichten. Eigentlich ist der Islam eine friedliche Religion. Die überwiegende Mehrheit der Muslime verachtet die islamistischen Extremisten, die Gewalt anwenden und – angeblich „im Namen Gottes“ – sogar unschuldige Menschen töten. [...]

nach: Die Anschläge vom 11. September 2001 – Ein Tag, der die Welt verändert hat. Helles-Koepfchen.de, 2013, © Cosmos Media UG, Berlin, www.helles-koepfchen.de/artikel/2691.html [22.11.2013]